

# „Hohe Kosten, aber zu geringer Effekt“

**ROHRPRÜFUNG:** Stadt sucht Alternativen / Juristen eingeschaltet

Hausbesitzer in Wasserschutzgebieten müssen bis Ende 2009 ihre Leitungen untersuchen lassen. So lauten die Vorschriften. Der Bürgermeister will das aber nicht hinnehmen und lässt nun rechtliche „Spielräume“ überprüfen.

VON RENÉ ERDRÜCKER

**QUICKBORN.** Nach Meinung vieler Bürger ist es ein echter Rohrkrepierer: Bis Ende des Jahres müssen etwa 2000 Hausbesitzer im Wasserschutzgebiet von Quickborn-Heide und Ellerau ihre Abwasserleitungen auf Dichtigkeit und mögliche Löcher überprüfen lassen. So lauten die Vorschriften.

Den Effekt stuft Bürgermeister Thomas Köppl (CDU) im Verhältnis zu den Kosten als zu gering ein. Ein von der Stadt beauftragter Jurist prüft deshalb, ob es für die Bürger auch Alternativen gibt. Immerhin: Die Untersuchung der Rohre kostet 200 bis 400 Euro. Sollten allerdings Schäden festgestellt werden, könnte eine mit Sanierung bis

zu 3000 Euro zu Buche schlagen. Diesen Aufwand will der Verwaltungschef seinen Bürgern nicht zumuten, zumal gerade die Grundsteuer in der Stadt erhöht wurde.

Der Anlass für die Überprüfung: Wenn die Leitung undicht ist, könnte Schmutzwasser den Boden verseuchen oder in das Grundwasser gelangen und es verschmutzen. Doch Köppl hält dagegen: „Ab einer Tiefe von 1,50 Meter ist das Erdreich schon unbelastet.“ Das hätten Untersuchungen ergeben.

Quickborns Stadtwerkeleiter Uwe Timm sieht das



Hausbesitzer in Wasserschutzgebieten müssen marode Rohre bis Ende des Jahres austauschen. Foto: pt

ebenso: „Wenn man bedenkt, welche Mengen von Gülle Landwirte verteilen – das steht doch in keinem Verhältnis zu eventuell beschädigten Leitungen in Privathäusern.“

Köppl kritisiert, dass das Umweltministerium den „Schwarzen Peter“ bis zur kommunalen Ebene durchgereicht habe. Die Stadt müsste sogar den Bürger zur Rechenschaft ziehen, falls dieser einer Überprüfung der Abwasserrohre nicht nachkäme.

„Wenn der Landesgesetzgeber meint, dass die DIN-Norm einzuhalten sei, dann soll er das ins Gesetz schreiben.“ Das sei nicht geschehen. „Wenn wir einen rechtlichen Spielraum haben, dann werden wir ihn auch nutzen“, so der Verwaltungschef.

Das könnte auch eine Verlängerung der Fristen sein. Timm: „Es besteht die Gefahr, dass Schwarze Schafe am Markt den schnellen Euro verdienen wollen. Während einer Zeitverlängerung hätten die Hausbesitzer ausreichend Vorlauf, die Überprüfung der Abwasserleitungen bei einem zertifizierten Unternehmen in Auftrag zu geben.“